

# Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
Nr. 11

Antisblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Verlagspreis: 30 Mark pro Monat. Einzelheft 1 Mark. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Mark pro Tag, die Rückseite 8 Mark pro Tag. Die Anzeigen werden in der Regel in der ersten Ausgabe des Tages abgedruckt. Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 270.

Altensteig, Samstag den 17. November.

Seitgang 1928

## Zur Lage.

Mit rasender Schnelligkeit vollzog sich in dieser Woche die Entladung der über dem deutschen Vaterland drohend zusammengeballten Wetterwolken. Herbststürme brauen über das deutsche Land, Herbststimmung liegt auch über dem deutschen Volk. Kaum hatte die Reichsregierung mit Hilfe der Reichswehr in Sachsen und Thüringen die Einleitung zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände gemacht, da brach in München der Hitlerputsch los. Noch geht der Streit darüber, welches die letzten Ursachen dieser tragischen Auseinandersetzung waren, in der deutsche Männer um derselben Ziele willen die Tod bringenden Waffen gegeneinander richteten. Das Ziel war für Rahe und Hitler ein nationales Vaterland. Aber es ist schwer zu sagen, wo die Grenzen der Schuld liegen, wo der Wortbruch und der Verstoß liegt. Waren es am Ende Mißverständnisse? Nachdem das Unglück geschehen war und 18 deutsche Männer ihr Blut für die nationale Sache geopfert hatten, ist der ganze Putsch des 9. November 1923 innerhalb weniger Stunden versunken und was nun über Bayern bekannt wird, in dem zwar vollkommen Ruhe besteht, läßt in keiner Weise die Hoffnung aufkommen, daß eine Verständigung zwischen Berlin und München in den vaterländischen Fragen erzielt wird. Man weiß auch heute noch nicht, wer eigentlich der Sieger des 9. November ist, die weiß-blaue Politik des Herrn von Rahe oder die schwarz-weiß-rote der vaterländischen Verbände. Fest steht nur, daß Hitlers überreifes Vorgehen der Anlaß zum Blutvergießen war und daß sein Handeln deshalb als wahnsinniges Unterfangen betrachtet werden muß. Und dazwischen steht der unglückliche General Ludendorff, der Held von Tannenberg und Tannenberg, der sich an sein gegebenes Manneswort hielt und trotz aller Verleumdungen in der Öffentlichkeit mit reinen Händen aus der Sache hervorzugehen schämt, wenn man aus all den Verdächtigungen der Presse die Sache von der Politik zu trennen vermag. Er soll nach der Darstellung der Kampferbände auch die Zustimmung an General Löffow gegeben haben, daß die Kampferbände nicht gegen die Reichswehr schließen werden. Sein Verhalten befähigt dies. Denn wie er mitten im Augenblick von den Hitlertruppen zu den Polizeimannschaften schritt und sich zur Verfügung stellte, beweist die Untadeligkeit und Ehrenhaftigkeit seines Verhaltens. Man kann von der Frage absehen, ob es für den General Ludendorff klug war, sich in die politischen Wirrnisse der Zeit zu begeben. Das freie Menschenrecht hatte er dazu wie jeder Deutsche, obwohl es für sein Charakterbild in der Geschichte zweifellos vorteilhafter gewesen wäre, wenn er sich aus dem politischen Kampf solange fern gehalten hätte, bis der Ruf des Volkes an ihn ergangen wäre. Aber den ganzen Tiefstand englischer bayerischer Sonderpolitik stellt es dar, wenn der geklügelte bayerische Kultminister Dr. Matt in einem Aufruf von dem „Preußen Ludendorff“ spricht. Das hat so sehr die weiß-blaue bayerische Politik beleuchtet. Denn kaum einer von all den Männern der Münchener Ereignisse hat soviel für Deutschland geleistet und so ein Herz für Deutschland gezeigt, wie eben der General. Und nun scheint man in Bayern sich bei den ganzen Kampferbänden hinter Herrn v. Rahe zu stellen, von dem man anerkennt, daß er das Vaterland gerettet hat. Also wieder eine Einigung im Ziel, vielleicht auch im Wege. Der Politiker und Staatsmann Rahe bekämpft nun vor allem die sozialistischen Einflüsse in der Reichsregierung, den Marxismus. Reichsminister Dr. Stresemann hat in Halle nachgewiesen, daß diese Einflüsse nicht bestehen und sich zu der Kundgebung Rahe, in der er die freien deutschen Menschenrechte proklamierte, bekamt. Aber dennoch fährt Rahe fort in seiner Sonderpolitik und im bayerischen Kurs. Sein unerbittliches und überaus scharfes Vorgehen gegen den Kommunismus (Auflösung der K. P., Justizstrafen) deutet die Gefahren an, denen Bayern noch gegenübersteht. So ist mit der Niederschlagung des Hitlerputsches — eine ernsthafte Bestrafung Hitlers und der Verantwortlichen wird wohl in München kaum erfolgen — die Krise in Bayern selbst und die zwischen Bayern und Reich keineswegs gelöst. Dandelt es sich letzten Endes in Bayern nicht um die falsche Einstellung, daß ein Mann, ein Messias die Rettung aus all der Not der Zeit bringen werde? Das waffenmächtigste Volk der Erde ist im Lauf der letzten fünf Jahre zum Geißel der Welt geworden. Wen hat man nicht als Retter des Vaterlandes schon preisen hören? Messiasse der Rechten wie der Linken!

Der Messias wird nicht kommen, der dem deutschen Volk das Elend abnimmt, um in die alte Herrlichkeit des Reiches zu führen. Die Schuld unseres Sturzes ist eine Schuld des ganzen Volkes. All diese Grundfragen hat der Münchener Putsch wieder zur Tagesordnung gestellt.

Während aber ganz Deutschland seine Blicke auf München richtete, trieb das Reich in seiner Außenpolitik und im Kampf um das Schicksal der Grenzgebiete am Rhein den letzten Entscheidungen entgegen. Frankreichs Ziel, die Vöslung der Rheinlande, geht über die Bildung eines Rheinstaates mit eigener Währung, eigenem Zollsystem und eigener diplomatischer Vertretung im Ausland. Daher sind alle Verhandlungen der Regierung und Industriellen mit den Franzosen, um das industrielle Leben an der Ruhr in Gang zu bringen, gescheitert. Die Zahl der Arbeitslosen steht über 2 Millionen, die Bergwerksbetriebe müssen stillgelegt werden. Die Bevölkerung an Ruhr und Rhein treibt der Hungerkatastrophe entgegen, denn durch die völlige Wertlosmachung der Papiermark ist das Reich nicht mehr in der Lage, die Unterstützungen für Erwerbslose an der Ruhr weiterzuführen. Die Versuche zur Schaffung einer neuen Währung drücken dabei mit. Vom 16. Nov. an soll nun das Reich kein Papiergeld mehr drucken dürfen, die Rentenmark soll an die Stelle treten. Aber um sie zu retten und das unbefestete Deutschland vor einer Katastrophe zu bewahren, muß die Geldpolitik am Rheinland aufhören. Denn nach dem internationalen Recht sind die Okkupationsmächte Frankreich und Belgien verpflichtet, die Ernährung der Bevölkerung der besetzten Gebiete aufrecht zu erhalten. Die Reichsregierung hat dabei ausdrücklich beklundet, daß sie keinerlei Hoheitsrechte über das besetzte Gebiet preisgibt. Der neue Reichsinnenminister Dr. F. J. Rahe-Duisburg gehört zu den Vertretern einer Politik, die es für richtig hält, die besetzten Gebiete vorübergehend verloren gehen zu lassen. Auch der Reichsfinanzminister Dr. Luther soll dahingehend orientiert sein, weshalb von dieser Seite einer Selbständigmachung der Rheinlande als Staat das Wort gesprochen wird. Eben deshalb auch, um die französischen Bestrebungen zu unterbinden. Im Rheinland selbst gibt es Anhänger und Gegner dieser Politik. Die Vertretung aller Bevölkerungsteile des Rheinlandes und Ruhrgebiets hat mit der Reichsregierung ergebnislos verhandelt. Die Reichsregierung hat zunächst einmal 100 Millionen Rentenmark zur Weiterzahlung der Erwerbslosenfürsorge an Rhein und Ruhr bereit gestellt. Aber über kurz oder wird eine Entscheidung fallen, zumal der französische Oberkommissar Litard bereits mit den führenden Kreisen des besetzten Gebiets verhandelt. Wenn nicht alles ändert, werden wir Ruhr und Rhein verlieren. Dabei steht aber bei allen Politikern der Gedanke obenan, daß wir ein so verlorenes Rheinland umso sicherer einfluß wiedergewinnen werden.

Im Zusammenhang mit dieser grundlegenden Rheinlandfrage steht das Währungsproblem. Der Dollar hat Billionen erklüftet, die Mark ist tot. Das wertbeständige Geld fehlt. Die Katastrophe ist größer als die Rußlands, weil wir mit unseren 60 Millionen Menschen in der Ernährungsfrage vom Ausland abhängig sind, unsere sehr organisierte Wirtschaft nicht weniger. Die Rentenmark, ein lächerlicher Versuch, soll Rettung bringen. Es gehört starker Optimismus hierzu. Wir verenden in diesen Tagen mit einer Schnelligkeit, an die vor Wochen noch kein Mensch dachte. Auch die Krise in der Reichsregierung spielt mit herein. Das Kabinett Stresemann hat keine Mehrheit in den Parteien hinter sich. Es wird deshalb von General Seeckt regiert, der die vollziehende Gewalt hat. Aber der Reichstag wird am nächsten Dienstag zusammentreten und dann wird sich ein Weg in die Zukunft zeigen müssen. Er wird dicker und trübe sein. Schwere und harte Tage der Not stehen bevor. Not im Einzelnen, Not des Vaterlandes ohne Rufen.

## Neues vom Tage.

Ausdehnung der Devisengesetzgebung auf die Rentenmark.

Berlin, 16. Nov. Von maßgebender Seite wird mitgeteilt: Eine Verordnung regelt die Ausdehnung der Devisengesetzgebung auf die Rentenmark. Goldanleihe und wertbeständiges Notgeld. In Artikel 1 werden die für Reichsmark geltenden Bestimmungen der

Salutaspekulationsverordnung auf Rentenmark, wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches (Goldanleihe) und auf mit Genehmigung des Reichsfinanzministers ausgegebenes wertbeständiges Notgeld ausgedehnt. Die gleiche Ausdehnung erfahren die Ausführungsbestimmungen zur Salutaspekulationsverordnung. In Art. 2 wird das Markverkaufsverbot auf Rentenmark, Goldanleihe und wertbeständiges Notgeld ausgedehnt. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung im „Reichsanzeiger“ in Kraft.

Rentenmark vorläufig nur für Beamte.

Berlin, 16. Nov. Nachdem die ursprüngliche Absicht, beim Erscheinen des Rentenmarks auch der Privatwirtschaft Rentenmarkkredite für Gehalts- und Lohnzahlungen zur Verfügung zu stellen, durch den Buchdruckerstreik zunichte geworden ist, können zunächst nur die dringendsten Bedürfnisse des Reiches mit diesen Zahlungsmitteln befriedigt werden. Als solche Ausgaben gelten die für persönliche Zwecke des Reiches, d. h. die Bezüge der Beamten, Angestellten, Arbeiter und Versorgungsberechtigten des Reiches sowie die Befoldungszuschüsse an die Länder und Gemeinden für diejenigen Beamten und Angestellten, für die solche Zuschüsse gewährt werden. Zur Sicherstellung einer gleichmäßigen ausreichenden Versorgung aller Klassen sind die Behörden angewiesen worden, unter keinen Umständen mehr wertbeständige Zahlungsmittel anzufordern, als zulässig ist.

Rentenmarkzuschuß für das besetzte Gebiet.

Berlin, 16. Nov. Das Reichskabinett hat entgegen seinem gefassten Beschluß dahin entschieden, daß von dem Gesamtkredit, der dem Reich von der Rentenbank zur Verfügung gestellt worden ist, ein Betrag von 100 Millionen Rentenmark für die Fortzahlung der Zuschüsse an die besetzten Gebiete, insbesondere der Erwerbslosenunterstützungen, bereitgestellt ist. Der Beschluß, der in Widerspruch zu der Haltung des Kabinetts steht, die dieses noch vor zwei Tagen eingenommen hat, dürfte unter dem Zwang der Ereignisse gefaßt worden sein und im übrigen ein Ergebnis der Beratungen darstellen, die noch mit dem Französischen Ausschuss für die besetzten Gebiete abgeschlossen worden sind. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß mit dem Eintritt des Innenministers Dr. F. J. Rahe in das Kabinett die Stimmung die Oberhand gewonnen hat, die durch „vorübergehende Preisgabe“ der Rheinlande das übrige Deutschland wirtschaftlich gesundmachen zu können glaubt. Dagegen ist nicht nur von Vertretern des besetzten Gebiets, sondern besonders von der Sozialdemokratischen Partei angeklämpft worden. Von beiden Seiten wurde darauf aufmerksam gemacht, daß das Reich keinen Anspruch mehr auf Reichstreue der Rheinländer erheben könne, wenn es die Bewohner des besetzten Gebietes in der augenblicklich durch die vom Grubenverband ausgesprochenen Kündigungen bis zur Katastrophe verschärften wirtschaftlichen Lage allein und ohne Unterstützung lassen würde. Auch würde es nur im Interesse der französischen Bestrebungen und besonders der Separatisten liegen, wenn die Bevölkerung des besetzten Gebietes zur Verzweiflung getrieben würde. Aus diesen Erwägungen heraus ist der Beschluß des Reichskabinetts zu verstehen, trotz der schweren währungsrechtlichen Bedenken, die dagegen sprachen, doch zunächst noch hundert Millionen Rentenmark in die besetzten Gebiete abfließen zu lassen. Ob es freilich darüber hinaus dem Kabinett möglich sein wird, auch weitere Beträge von Rentenmark zu diesem Zweck an die besetzten Gebiete abzugeben, ist eine Frage, die im Augenblick nicht beantwortet werden kann.

Aufruf der vaterländischen Verbände in Bayern.

München, 16. Nov. Die vaterländischen Verbände Bayerns erlassen einen Aufruf zu den letzten Ereignissen, worin es u. a. heißt: Erschüttert bilden wir auf die letzten Geschehnisse zurück. Deutsche haben die Hoffnungen der Feinde verwirklicht, ja übertroffen. Deutsches Blut, nur deutsches Blut ist geflossen. Durch den rücksichtslosen Einzug seiner Person hat ein Mann, Herr von Rahe, den Staat gerettet. Nur gilt es, das Vaterland zu retten. Soll der völkische Freiheitsgedanke zum Ziele kommen, so gibt es nur eine Parole: Einigung und Sammlung. Die vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns, die aus diesem Gedanken heraus sich seinerzeit gebildet hatten, wollen dieses Ziel weiter verfolgen und rufen alle Verbände auf zum Kampfe gegen unseren gemeinsamen Feind. Bayern und Deutschland müssen ihre Schicksal gemeinsam beschließen. Die leitenden Männer der vaterländischen Verbände haben Schritte getan, um die Einigung herbeizuführen. Der Aufruf ist unterzeichnet von Prof. Bauer und General Kleinberg.



### Neue französische Drohungen.

Paris, 16. Nov. Davos veröffentlicht über die Sitzung der alliierten Botschafterkonferenz folgende Mitteilung: Marshall Foch habe in einer großen, Einmal erweckenden Rede einen Überblick über die Wiederannähme der Bewaffnung Deutschlands gegeben. Die Zahl der Reichswehrtruppen übersteige weitlich den effektiven Stand. Die Herstellung von Kriegsmaterial sei in Deutschland außerhalb der besetzten Gebiete wieder aufgenommen worden. Dem Ausland endlich habe Deutschland große Munitionslieferungen erteilt, namentlich Rußland. Im Interesse des europäischen Friedens hätten Frankreichs Alliierte die Pflicht, die berechtigten Forderungen Frankreichs nach seiner Sicherheit (1) zu prüfen. Frankreich behalte sich das Recht vor, noch weitere Sanktionen zu unternehmen, wenn die kollektiven Maßnahmen, die vorgekommen würden, von ihm nicht für genügend angesehen würden. In diesem Falle würde Frankreich gemäß seinem Rechte zu anderen Sanktionen schreiten.

Am Samstag soll die Botschafterkonferenz endgültige Beschlüsse fassen.

### Baldwins Warnung an Frankreich.

London, 16. Nov. Am Vorabend der Parlamentsauflösung gab Ministerpräsident Baldwin im Unterhaus ein Exposé seiner Politik. Die englische Regierung hätte über alles andere hinaus gewünscht, eine schnelle Lösung des europäischen Problems herbeizuführen, aber sie haben sich dabei daran erinnern müssen, daß man den Tag des endgültigen Friedens in Europa nicht herbeizuhäubern könne, wenn man gleichzeitig eine neue Feindschaft in Europa hervorruft. Die englische Regierung habe, als sie sich mit Amerika in Verbindung setzte, die Hoffnung gehabt, es werde nunmehr ein wirklich wirksamer und produktiver Fortschritt erzielt werden, aber es habe sich wieder, wie schon so oft vorher, erwiesen, daß alle ihre Bemühungen durch die Aktion zweier ihrer Verbündeten (Frankreich und Belgien) zum Scheitern gebracht worden seien. Er habe keine Mühe gescheut, die Verbündeten wissen lassen, daß der heute noch im englischen Volk vorherrschende, nach einer Zusammenarbeit mit den Verbündeten drängende Geist sich nicht mehr lange werde aufrecht erhalten lassen, wenn die gegenwärtige Situation noch länger andauern sollte.

Schlußsitzung des englischen Parlaments. — Thronrede des Königs.

London, 16. Nov. Beide Häuser des englischen Parlaments traten zu Schlußsitzungen zusammen. Um 12 Uhr wurde die Thronrede des Königs anlässlich der Auflösung verlesen. Es heißt darin bezüglich Deutschlands: Meine Regierung ist kürzlich unter dem Wunsch der Teilnahme der Vereinigten Staaten in Verhandlungen um Schaffung eines Sachverständigenausschusses eingetreten, der die Aufgabe haben sollte, Deutschlands Reparationszahlungsfähigkeit erneut nachzuprüfen. Unglücklicherweise ist es nicht möglich, zu diesen Vorschlägen, von denen wir uns eine Lösung des Reparationsproblems versprochen haben, die Zustimmung der französischen Regierung zu finden. Meine Regierung verfolgt mit der äußersten Besorgnis die Fortdauer des gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustands in Europa, der so innig von der Lösung dieser Frage abhängt. In Deutschland hat sich eine bedenkliche Situation entwickelt, die die ernste und vollste Aufmerksamkeit meiner Regierung beansprucht.

### Ein amerikanischer Kredit in Höhe von 630 Millionen Mark.

London, 16. Nov. Wie die „Times“ aus Washington melden, wird Präsident Coolidge im Kongreß beantragen, der deutschen Regierung eine Anleihe von 150 Millionen Dollar gleich 630 Millionen Goldmark zu gewähren, um Lebensmittel in den Vereinigten Staaten zu kaufen. Das Geld soll in den Vereinigten Staaten unter Vorbehalt von Hoover verwendet werden zu Speck- und Schmalzläufen, da Deutschland Fettwaren am meisten benötige. Die Verteilung soll vollständig der deutschen Regierung überlassen werden.

### Beamtenabbau und Staatsvereinfachung.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Das württ. Staatsministerium hat beschlossen, sofort eine Kommission aufzustellen, welche in Anwendung von Art. 18 der Personal-Abbau-Berordnung des Reichs vom 2. Oktober 1923 Vorschläge über die durch den Währungs zusammenbruch und die daraus entspringende Zerrüttung des Gleichgewichts im Staatshaushalt unaufschiebbar gewordene Staatsvereinfachung mit Beamtenabbau zu machen hat. Die Vorschläge der Kommission haben sich nicht nur auf den Abbau des am 1. Oktober 1923 vorhandenen Beamten- und Lehrkörper, sondern namentlich auch auf Vorschläge hinsichtlich der künftigen Beschränkung der Staatsaufgaben durch gesetzliche und andere Maßnahmen zu erstrecken. Auch die Gemeindeverwaltung und mit Rücksicht darauf, daß zugleich eine Verkürzung der Staatsleistungen an die Kirchen unumgänglich notwendig ist, die Kirchenverwaltungen sollen in den Aufgabenkreis einbezogen werden. Die Vorschläge der Kommission, die mit größter Beschleunigung fertig zu stellen sind, gehen zunächst an das Finanzministerium und sollen von dort mit dem Antrag des Herrn Finanzministers dem Staatsministerium vorgelegt werden. Als Mitglieder der Kommission sind bestimmt worden: Staatsrat Dr. Vogelmeier als Vorsitzender, Ministerialdirektor Dr. Ved und Ministerialrat Müller, als Schriftführer Oberrechnungsrat Schwemmerling. Die Kommission ist ermächtigt, zur Bearbeitung der Vereinfachung im Gebiet der einzelnen Ministerien eine Anzahl besonders benannter Beamten der Ministerien beizuziehen. Die Kommission hat un-

verzögelt zusammenzutreten und ihren Bericht dem Reichstag zu legen. Zugleich hat das Staatsministerium mit Wirkung vom 6. Nov. 1923 ab als erste Folge aus den Abbaumaßnahmen beschlossen: 1) Daß alle Arbeiten zur Änderung der Besoldungsordnung und zum Personalnachtragsplan bis auf weiteres ausgesetzt bleiben. 2) Daß Beamte bis auf weiteres nicht mehr in den Staatsdienst eingestellt werden dürfen. Ausnahmen hiervon sind nur im Falle eines dringenden dienstlichen Bedürfnisses mit Genehmigung des Finanzministeriums zulässig. Als Einschränkung gilt auch die Verleihung einer Planstelle an außerplanmäßige oder kommissarisch besetzte Beamte. Eine allgemeine Verfügung über Beförderungen ist noch vorbehalten.

## Aus Stadt und Land.

Allensteig, 17. November 1923.

### Zum Sonntag.

Ruhe halten! Wenn dich ein Tag in den andern heht, wenn die Sorgen wie Nebenschwärme auf dich herabrieseln, brauche Waffen, brauche Glieder — aber dein Innerstes halte frei vom Wirbel.

An den Menschen, der Gebot ist, traut sich kein Schicksal heran. Georg Stammer.

Die Herbststürme haben die letzten Blätter von den Bäumen gerissen. Klagend heben sie die letzten Reste zum Himmel: Weh, daß der Winter kommt mit seinem kalten Todeshauch! Aber wenn du einen entblätterten Zweig genau betrachtest, machst du eine wunderbare Entdeckung. Dort, wo das dürre Laub weggefallen ist, zeigen sich bereits die Ansätze zu den Knospen für den kommenden Frühling. Zeichen verborgenen Lebens in der Zeit des Wekens und Bergehens! Gibt es solche Zeichen auch in unserem Volksleben, nachdem seine äußere Herrlichkeit dahin und ein tiefer innerer Schaden offenkundig geworden ist? Gewisse Beobachter erkennen in manchen Kreisen einen Zug zu innerer Einkehr, ja ein tiefes Fragen nach Gott. Deutlicher in die Augen fällt das Wachstum der christlichen Jugendbewegung. Und du, sagst du trübselig um die entschundene gute Zeit, oder wirst du's gemöhrt, daß uns Gott so viel Schönes genommen hat, um uns das Beste und Ewigste zu geben, daß er dich irre macht an deiner Kraft, um durch seinen Geist dich zu erneuern? Laßt die welken Blätter fallen, seht und pflegt das Leben, das aus ihm aufliegt. S. P.

In den Ruhestand versetzt wurde seinem Ansuchen entsprechend Forstmeister Finck in Wildbad.

Wenn man Papierscheine ausstößt. In einer Gemeinde des Bezirks Nöck hat der Gemeinderat vor ein paar Wochen einen Farren verkauft und den Geld in die Schreibkassette verpackt. Ein paar Wochen später hat der Gemeinderat das Geld von dem Farren wieder angelegt — in einen Ziegenbock. Aber das Geld von dem Farren hat für den Ziegenbock nicht mehr ganz gereicht und die Gemeinde hat noch ein paar Hundert Millionen zulegen müssen.

Übersehen als Zahlungsmittel. Der Inhaber einer Lebensabsicht in Borna in Sachsen hat, da ihm zur Auszahlung der Löhne nicht genügende Barmittel zur Verfügung standen, seinen Arbeitern einen Teil ihres Verdienstes mit Lebensabsichten auszahlen müssen, die mit dem Firmenstempel versehen sind und als Wertgabe den Tagespreis tragen. Der Fabrikant ersucht in einer Rundgebung die Geschäftswelt, die Schecks in Zahlung zu nehmen, die als wertvollere Zahlungsmittel mehr gelten als Papiergeld.

Über den Begriff der Trillion herrschen noch große Unklarheiten. 1000 Millionen sind eine Milliarde, 1000 Milliarden eine Billion, 1000 Billionen sind aber nicht, wie vielfach angenommen wird, eine Trillion, sondern erst eine Billiarde, und erst 1000 Billiarde sind eine Trillion, oder anders ausgedrückt, eine Million Billionen geben eine Trillion.

Die neuen Rentenpfennige. Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, im Einvernehmen mit der Rentenbank Münzen über Renndbeträge von 1, 2, 5, 10 und 50 Rentenpfennigen in von ihm auszuwählenden Mustern herstellen zu lassen. Der Gesamtbetrag der Münzen soll bis auf weiteres eine Rentenmark für den Kopf der Bevölkerung des Reichs nicht übersteigen. Eine Erhöhung dieses Satzes ist nur mit Zustimmung der Rentenbank zulässig. Die Münzen sind an öffentlichen Stellen als Zahlungsmittel anzunehmen. Bei Begleichung einer auf Rentenmark lautenden Schuld ist niemand verpflichtet, über 50 Rentenpfennige lautende Münzen im Betrag von mehr als 20 Rentenmark, über 1, 2, 5 und 10 Rentenpfennige lautende Münzen, im Betrage von zusammen über mehr als 5 Rentenmark in Zahlung zu nehmen.

Die Pflicht zur Papiergeldannahme. Der Militärbezirkskommandant im Wehrkreis V hat nachstehende Verordnung erlassen: Nachdem durch Verordnung der Reichsregierung vom 7. Nov. 1923 meine Verordnung vom 7. Nov. 1923 eine Erweiterung in der Richtung erfahren hat, daß die Verpflichtung zur Annahme des Papiergeldes als gesetzliches Zahlungsmittel auch auf den Großhandel, Industrie und Landwirtschaft ausgedehnt worden ist, sehe ich meine oben erwähnte Verfügung außer Kraft. Die im letzten Absatz meiner Verfügung gegen Zuwiderhandlungen angeordneten Polizeimaßnahmen bleiben dagegen in Gültigkeit und werden auf die Verordnung der Reichsregierung in dem Umfang ausgedehnt. Demgemäß sind bei solchen Zuwiderhandlungen die Polizeibehörden zur Festnahme der Schuldigen und zur Beantragung der Schutzhaft gegen dieselben bei mir berechtigt.

Aufbewahrung von Winterfleisch. Um Fleisch bis zum Frühjahr vollkommen frisch zu erhalten, empfiehlt es sich, sie logenweise in einem mit mehreren Schichten Zeitungspapier auf dem Boden und an den Seitenwänden austabesierten Reifkorb oder Kiste

zu legen. Hölzernen Jede Lage Fleisch kommt eine Lage Papier und zum Schluß ebenfalls eine dicke Schicht davon. So verpackt, widerstehen sie nicht nur einige Kältegrade, sondern sie bleiben auch saftig und rundlich, da sie von der Luft abgeschlossen sind. Allerdings muß man sie von Zeit zu Zeit durchschauen — aber an frostfreien Tagen — um angefallene Stücke zu entfernen.

Die Viehbestände Württembergs. Nach dem vom Statistischen Landesamt veröffentlichten vorläufigen Ergebnis der Viehzählung vom 1. Okt. 1923 in Württemberg ist der Rindviehbestand, der bei der letzten Viehzählung vom 1. Dezember 1922 gegenüber dem Vorjahre bei den Dezemberzählungen der letzten 4 Jahre eine allerdings geringfügige Zunahme gezeigt hatte, abermals gestiegen. Er betrug 1 013 589 Stück, das ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 30 050 Stück; freilich bleibt der Bestand hinter demjenigen unmittelbar nach dem Kriege (1918: 1 078 079) und noch stärker gegenüber dem Höchstbestand am 1. Dezember 1914 (1 158 897 Stück) erheblich zurück. Die Zunahme gegen 1922 ist eine fast allgemeine: Sie zeigt sich nicht nur in den 4 Kreisen, sondern auch fast in allen Oberamtsbezirken und erstreckt sich auf alle Alters- und Geschlechtsklassen mit Ausnahme des Jungviehs. Am geringsten ist die Zunahme der Milchvieh. Lediglich wird es als zweifelhaft bezeichnet, ob es im Hinblick auf die nicht überall bestreiebende Futterernte möglich sein wird, den Rindviehbestand auf den letzten Herbststand zu erhalten. Der Schweinebestand, der 1922 eine rückläufige Bewegung gezeigt hatte, hat sich diesmal gleichfalls wieder aufwärts entwickelt. Gezählt wurden 462 407 Schweine. Die Zunahme beschränkt sich hauptsächlich auf den Neckarreis (16,8 Prozent) und den Jagstkreis (8,5 Prozent), während im Schwarzwald- und Donaukreis eine kleine Abnahme festzustellen ist. Auch der Bestand an Riegen, der während des Krieges und in den beiden ersten Nachkriegsjahren abgenommen hatte, ist nach der neuesten Zählung wieder gestiegen. Die Stückzahl beträgt 157 004, gegenüber dem Vorjahr um nahezu 9 Prozent mehr. Die Zunahme erstreckt sich auf alle 4 Kreise und auch auf fast alle Oberamtsbezirke, da wegen der hohen Milchpreise bei den Milchlandwirten das Bestreben nach Eigengewinnen von Milch durch Haltung von Riegen in Zunahme begriffen ist. Schafe wurden gezählt 273 487 Stück, das ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 5,1 Prozent.

Wildberg, 16. Nov. Pastor Roderich sprach am heutigen Freitag, nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr in der hiesigen Stadtkirche.

Eßlingen, 16. Nov. (Ueberfahren.) Auf der Straße nach dem Brühl wurde die 24 Jahre alte Mechanikerfrau Margarete Schütte von einem Personencar überfahren und so schwer verletzt, daß sie in hoffnungslosem Zustand in das hiesige Krankenhaus verbracht werden mußte.

Nürtingen, 16. Nov. (Sommer Seminar.) Das 75-jährige Seminarjubiläum mußte feierlich wegen des Krieges verschoben werden. Zur 80-jährigen Gedächtnisfeier war aus Stadt und Bezirk die Turnhalle mit 3000 Teilnehmern gefüllt. Professor Köstlin begrüßte die Versammlung. Studiendirektor Geiges hielt die Festrede. Stadtschultheiß Bauer überbrachte die Glück- und Segenswünsche der Stadtverwaltung.

Veihingen a. N., 16. Nov. (Verstümmelt.) In dem Sandbruch des Unterpächters Herrmann ist der verheiratete 62 Jahre alte Sandgräber Wilhelm Berthelauer verstümmelt und so schwer verletzt worden, daß er einige Stunden nachher im Bezirkskrankenhaus starb.

Von der Drenn, 16. Nov. (Mit hams ja!) In der Umgebung von Dillingen hat dieser Tage ein Klotzreißer beim Kartenspiel die Kleinigkeit von 60 Billionen Mark verloren.

Stuttgart, 16. Nov. (Zusammentritt des Landtags.) Der Landtag des Landes hat in einer Besprechung vom 15. ds. Mts. vereinbart, daß am Mittwoch, den 28. Nov., die Sitzungen des Landtags wieder aufgenommen werden sollen. Der Landtag hat sich mit einem sozialdemokratischen Vorschlag einverstanden erklärt, die Tagung sofort mit einer politischen Debatte, statt mit laufenden Geschäften, zu beginnen.

Städtisches. Die Hundsteuer beträgt 10 Goldmark für den ersten, 15 Goldmark für den zweiten und 20 Goldmark für jeden weiteren Hund. Die Fremdenwohlfahrer wurde vom Gemeinderat auf 25 Prozent festgesetzt, wobei G. R. Marquardt mitteilt, daß Stadt und Reich sich bei dieser Steuer gegenwärtig befinden.

Zeitungsbeschlagnahme. Die Donnerstagnummer der kommunistischen „Südd. Arbeiterzeitung“ ist wieder wegen eines zum Bürgerkrieg aufrufenden Artikels beschlagnahmt worden.

Selbstmord. In einer Schuphitte bei der Vorkampfbatterie wurde ein 57 Jahre alter Mann erschossen aufgefunden.

Hochherzige Spende. Anlässlich des großen Gedenkjahrs hat die Firma Hauser u. Co. in Stuttgart-Cannstatt den Betrag von 240 Dollar als Spende für die Verunglückten der Reichsbahndirektion überreicht.

Singen, 16. Nov. (Der Spion.) Zu der schon gemeldeten Verhaftung eines französischen Spions an der badisch-schweizerischen Grenze mündet die „Deutsche Bodensee-Zeitung“ ergänzend, daß es sich bei dem Verhafteten um einen französischen Militärattaché, einen Kapitän von der französischen Gesandtschaft in Bern handele. Bei der Verhaftung gab es einen harten Kampf, bei dem der die Verhaftung vornehmende Stuttgarter Kriminalbeamte Sieger blieb. Bezeichnenderweise hatten die Schweizer Grenzbeamten den französischen Spion unbehindert über die Grenze gelassen. Der Kriminalbeamte brachte den Offizier, der mit Spionageauslandschaften über die Reichswehr beauftragt war, sofort nach Stuttgart.

# Zu dem Eisenbahnunglück bei Cannstatt

liegen uns folgende ausführliche Meldungen vor:

Stuttgart, 16. Nov. Auf der Güterbahn Untertürkheim-Kornwestheim etwa 300 Meter von dem großen Eisenbahnviadukt über den Neckar entfernt und in der Verlängerung der Cannstatter Schillerstraße in unmittelbarer Nähe des Cannstatter Krankenhauses, ereignete sich am Donnerstagabend zwischen 5 und 6 Uhr ein schweres Eisenbahnunglück. Von dem Untertürkheimer Bahnhof kommend, fuhr eine schwere Güterzuglokomotive auf dem unrichtigen (kalten) Gleis bei Einbruch der Dämmerung auf den von Kornwestheim kommenden Arbeiterzug in voller Fahrt auf. Die Wirkung war furchtbar, beide Lokomotiven wurden stark beschädigt und der erste Wagen des Arbeiterzuges, der als Schutzwagen abgeschlossen lief und leer war, wurde in den nachfolgenden Personenzug hineingeschoben. Sieben Insassen des letzteren, darunter eine Frau, wurden getötet, zwanzig weitere, worunter ebenfalls eine Frau, mehr oder weniger schwer verletzt. Die Toten, wie die Verletzten wurden sofort in das benachbarte Krankenhaus verbracht. Der Lokomotivführer des Personenzuges wurde ebenfalls getötet, der Lokomotivführer der einzelnen Lokomotive, die auf den Personenzug aufsaß, leicht verletzt. Während der Bergungsarbeiten war die Unfallstelle durch Reichwehrrücksperrung für den Hilfsleistung gerufen wurden der Hülfszug der Stuttgarter Berufsfeuerwehr, verschiedene Kräfte von Cannstatt und die Arbeiterfahrgastkolonne Cannstatt. Erwähnenswert ist, daß die Maschine des Personenzuges rückwärts, d. h. mit dem Tender nach vorne, fuhr und daß sich das Unglück auf einer ganz geraden Bahnstrecke ereignete.

Die Namen der Toten sind: Paul Höfer, Cannstatt, Arbeiter bei Stoy A. G., Maschinenfabrik in Kornwestheim; Ernst Samana, vermisst von Cannstatt, Arbeiter in der gleichen Maschinenfabrik; Gottlieb Stahl, Stuttgart; Friedrich Schneider, Jungführer des Lokalszugs, von Kornwestheim; Wedemann, Cannstatt; Alfred Raier, Eisenbahnbedienter, Kornwestheim; Rosine Triebel, Bäckermeisterfrau, Cannstatt. Inzwischen sind noch drei weitere Schwerverletzte gestorben.

Nach dem amtlichen Bericht überfuhr der Führer der Leerlokomotive, Wilhelm Abele von der Betriebswerkstätte Heilbronn, ohne Beachtung des auf Halt stehenden Ausfahrtsignals aus dem Rangierbahnhof Untertürkheim auf falschem Gleis die Blockstelle Obzweg bei Cannstatt, so daß die Güterzuglokomotive zwischen der Ueberführung der Waiblingerstraße und dem großen Eisenbahnviadukt auf den entgegenkommenden Lokalszug 1431 aufstieß. Trotzdem der Wärter am Obzweg aus allen Kräften warnte, fuhr die Maschine weiter bis in die Kurve bei der Waiblingerstraße, wo dann das Unglück passierte. Durch den überaus starken Zusammenstoß wurde der hinter der Lokomotive des Personenzuges befindliche Leerwagen in den nachfolgenden Personenzug, einen der neuen Personenzüge 4. Klasse, förmlich hineingeschoben. Der böllig zusammengebrückte Wagen wurde aus dem Gleis geschleudert und legte sich seitwärts auf die Böschung. Der nachfolgende Personenzug wurde nur wenig beschädigt, hing aber förmlich in der Luft. Im Augenblick der berunglückte Wagen zu brennen an. Nachdem das Feuer gelöscht worden war, schlug man das Dach des Personenzuges ein und versuchte, teils durch diese Risse, teils durch die zertrümmerten Fenster die Opfer zu bergen, was aber sehr schwierig war, weil alle Berunglückten eingeklemmt und eingeweicht waren. Nach etwa 2 Stunden war das Rettungswerk beendet. In dem nicht weit entfernten Cannstatter Krankenhaus wurden die Berunglückten sofort von Ärzten und von Hilfspersonal in Behandlung genommen. Die Verletzungen erwiesen sich meist als sehr schwer, vor allem waren es Bein- oder Kopfverletzungen. Im ganzen betrug die Zahl der Schwerverwundeten, die ins Krankenhaus aufgenommen werden mußten, zwanzig. Eine weitere Anzahl von Personen, die nur leicht verletzt worden waren, konnten sich ohne Hilfe nach Hause begeben.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Zeitungssterben. Im Monat September allein haben 118 deutsche Zeitungen und Zeitschriften der Zeitungsstelle beim Reichspostministerium ihr Eingehen angezeigt.

Zur Rückkehr des früheren Kronprinzen. Der Kronprinz hat in Oels eine Reihe deutscher und ausländischer Pressevertreter empfangen, die ihn dort erwarteten. Er gab eine kurze Erklärung ab, in der er seine Freude ausdrückte, wieder in der Heimat zu sein und das schwere Schicksal seiner deutschen Landsleute mittragen helfen zu können. Er betonte seine Absicht, innerhalb seines Arbeits- und Pflichtenkreises am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuwirken und hat ausdrücklich, ihn lediglich als Privatmann zu betrachten.

Eine Eisenbahn-Anteilnahme geplant. Wie verlautet, ist in dem Uebergangsbudgetvorschlag, der sich auf die Zeit vom 1. November bis 1. März erstrecken soll, unter anderem auch die Aufnahme einer Goldanleihe von 520 Millionen Goldmark vorgesehen, die die Reichseisenbahn zur Grundlage haben soll.

Ein Großhändler in Edelmetallen. In Berlin wurden bei dem zugewanderten Uhrmacher Abraham Riesel Edelmetalle in Form von verschiedenen Reichsmünzen, Münze und Barren, sowie 410 Dollar und 33 Millionen Papiermark beschlagnahmt. Da Riesel in Verdacht steht, Gold, Silber und sonstige Edelmetalle zu verschleppen, wurde er von der Kriminalpolizei festgenommen.

ep. Religionsunterricht in Braunschweig verboten. Die braunschweigische Regierung hat entgegen dem Artikel 149 der Reichsverfassung, wonach Religionsunterricht ein lehrplanmäßiges Fach der Schulen bleibt, den evangelischen Religionsunterricht für die ganze erste Hälfte der vier Grundschuljahre verboten und auf neue in den evangelischen Gemeindefschulen Schul-

gedet. Schulnachsicht und festgesetzte Schulzeiten außerhalb des Religionsunterrichts verfassungswidrig unterfangt.

Verlobung im dänischen Königshaus. Nach der dänischen Regierungszentrale „Köbenhavn“ steht die Verlobung des Prinzen Blego, eines Sohnes des Prinzen Waldemar, des Onkels des Königs Christian X., mit der Tochter eines amerikanischen Millionärs, Miss Cleonor Margaret Green, bevor.

Vertrauen für Mussolini. Der italienische Senat hat mit 165 gegen 41 Stimmen Mussolini das Vertrauen erneuert.

Explosion in Rumänien. Aus Bukarest wird gemeldet, daß das größte Munitionslager des Forts Domnestu, das ungefähr 15 Kilometer von der Hauptstadt entfernt liegt, in die Luft geflogen ist. Ungefähr vierhundert Personen sollen getötet worden sein. Die Explosion war so heftig, daß zahlreiche Fenster-scheiben in Bukarest zertrümmert wurden und zahlreiche Häuser zerstört wurden.

Freibruch eines politischen Mörders. Aus Prag wird gemeldet: Der Mazedonier Athanas Nicolow, der am 26. August dieses Jahres in Prag den ehemaligen bulgarischen Gesandten Dasalow durch drei Revolvergeschosse getötet hat, weil Dasalow als Minister des Innern im bulgarischen Kabinett Stambuloff zahlreiche Mazedonier hatte hinrichten lassen, wurde vom Schwurgericht freigesprochen und als lästiger Ausländer ausgewiesen.

Man schmeißt wieder Tabak. So unglaublich es auch klingen mag — das Tabaksmokieren scheint sich neuerdings zu verbreiten. In der Reutischkeiner Fabrik wurden früher monatlich 40 Zentner Schnupftabak erzeugt, jetzt ist die Erzeugung auf 70 Zentner gestiegen.

Wahnsinnstakt. Die „Schwäbische Donauzeitung“ in Dillingen teilt mit: Durch die letzten politischen Ereignisse in München ist der 43 Jahre alte Landwirt und Gemeinderat Vink wahnsinnig geworden. Morgens ergriff er sein geladenes Gewehr und schätzte von seinem Anwesen in Bergheim auf die Straße, wo er einem Nachbarn, dem Gastwirt Hummel, zürte, er habe den Befehl, ihn zu erschließen. Gleichzeitig brachte er ihm einen schweren Schulterschuss bei. Darauf eilte er unter häßlichem Aufschrei „Die Kommunisten kommen“ vor das Anwesen des Doktors Zeigler und gab auf die im Hofe stehende Ehefrau, welche ihr Kind im Arme hatte, einen Schuss ab, der diese in den Unterleib traf und nach 20 Minuten ihren Tod herbeiführte. Gleich darauf eilte der Wahnsinnige in das Anwesen der 50 Jahre alten Landwirtswitwe Bunt und schreie sie ebenfalls durch einen Schuss tot nieder. Wobann begab er sich in die neben dem Anwesen befindliche Schule, wo er versuchte, auf die Kinder zu feuern. Dieran konnte er jedoch von dem entschlossenen Lehrer verhindert werden. Der Unglückliche ist in die Heil- und Pflegeanstalt Gänzburg eingeliefert worden.

Wenn einer heut ... wachsende zeitgemäße Nemelei möchten wir unseren Lesern nicht vorenthalten: Wenn einer heut ein Fröhen hat, — dann ist er Millionär; — Und wenn er eine Bettstatt hat, — dann ist er Milliardär; — Und hat er noch ein Bett dazu, — dann ist er Billionär; — Und hat ein Haus er in der Stadt, — dann ist er Trillionär; — Wer drei Stück Vieh im Stalle hat, — der ist Quadrillionär; — Und wer im Auto fahren kann, — der ist Quinquillionär. — Sagt, wo kommt dieser Segen her? — Und noch wird's alle Tage mehr, — Und doch ist jeder, wer er wär, — Ob Millio-, Billo-, Trillionär, — Viel ärmer als vorher.

## Handel und Verkehr.

1 Dollar: Berlin 2,513,700 G., 2,526,300 Br.

1 Goldmark nach dem Berliner Dollarmittelkurs 600 Milliarden (600 Ma.) Papiermark.

1 Goldmark nach dem Berliner Briefkurs 601,5 Milliarden (601,5 Ma.) Papiermark.

Amtl. Berliner Devisenkurse vom Freitag, 16. Nov.: (Die Notierungen verstehen sich in Milliarden M.)

Holland	947,625 G., 952,375 Br.
Belgien	115,71 G., 116,29 Br.
Norwegen	363,09 G., 364,91 Br.
Dänemark	428,925 G., 431,075 Br.
Schweden	664,335 G., 667,665 Br.
Italien	107,73 G., 108,27 Br.
London	10,927,5 G., 11,027,5 Br.
Paris	137,655 G., 138,345 Br.
Spanien	442,89 G., 445,11 Br.
Spanien	327,18 G., 328,82 Br.
D. Oesterreich	0,03591 G., 0,03509 Br.
Brag	73,185 G., 74,185 Br.
Buenos-Aires	897,75 G., 904,25 Br.

## Wirtschaftszahlen vom Freitag:

Wertbeständiges Geld:	
2.10 Goldmark	= 1260 Milliarden Papiermark
1,05 " "	= 630 " "
0,42 " "	= 252 " "
0,21 " "	= 126 " "

Goldankaufspreis 1 Kilo	= 640 Dollar.
Silberankaufspreis vom 12. Nov. ab	150 Ma.-fach.
Lebenshaltungszindex (12. Nov.)	218,5 Ma.-fach.
Lebensmittel (Großhandel 13. Nov.)	242,7 Ma.-fach.
Stuttgarter Index (14. Nov.)	262,245 Ma.-fach.
Großhandelsindex (13. Nov.)	1328 Ma.-fach.
Einfuhrwarenindex (13. Nov.)	305 Ma.-fach.
Inlandswarenindex (13. Nov.)	257,8 Ma.-fach.
Industrieindex (13. Nov.)	308,5 Ma.-fach.
Buchhändlergeschäftszahl (ab 16. Nov.)	660 Ma.
Buchdruckerleistungszahl (ab 15. Nov.)	30 Ma.

Stuttgarter Börse, 16. Nov. Die Aktienstimmung in Berlin und die Befestigung des Geldmarktes löste am Freitag entgegen der durch die Devisensteigerung vermuteten festen Tendenz an der Effektenbörse eine Unsicherheit aus, wie man sie seit Wochen nicht mehr bemerkt hat. Gute Sachwerte konnten aber trotzdem ihre kurze Selbsterhaltung (in Milliarden Prozent) — 1000, Vereinstbank — 200, Brauereifaktienmarkt fest: Reichenhauer + 3400, Wulke + 500, Maschinen- und Metallmarkt uneinheitlich: Daimler + 200, Hansa Metall — 500, Jungbros — 1000, Magirus + 100, Esslinger Maschinen + 400, Hesse + 100, Redarfabrik — 500, Spinnerellen blieben stabil: Kolb und Schüle + 2000, Kattun — 500. Von den übrigen Werten lagen Anilin schwächer um 5000, Zement Heidelberg + 8100, Kommender Tag + 100, Knopf Schorndorf — 500, Weißbrot Konserven + 400, Bäckermühle + 1000. — Auch im Freiverkehr war eine recht uneinheitliche Stimmung. Die meisten Werte waren gegen Mittwoch wenig verändert.

Amtl. Berliner Produktnotierungen vom 16. Nov. Weizen, märk. 196—204, matt; Roggen, märk. 188 bis 193, matt; Sommergerste, märk. 180—186, matt; Haber, märk. 163—170, matt, in G.M. per 1000 Kg. Weizenmehl 33—36, ruhig; Roggenmehl 32—33, ruhig; Kleien 8,40, ruhig; Viktoriaerbsen 43—52; K. Bäckereierbsen 33—36; Bohnen 18—20; Erbsen 1920 20—23; Rapskuchen 13—14; Trodenkorn 8; Zornmelasse 7; Kartoffelstößen 15,5—16, in G.M.

\* Calw, 15. Nov. (Viehmarkt.) Bei dem am 14. Nov. abgehaltenen Vieh- und Schweinemarkt waren insgesamt 47 Stück Rindvieh zugeführt. Darunter befanden sich 9 Stück Ochsen und Stiere, 18 Kühe, 20 Kälber. Die Preise waren auf Goldmark gestellt, gehandelt wurde ganz wenig und somit konnten nur einzelne Preise notiert werden. Für Kühe wurden 330 und für Kälber 160—350 Goldmark bezahlt. Auf dem Schweinemarkt waren 23 Läufer- und 161 Stück Milchschweine zugeführt. Bezahlt wurden für Läufer 40 bis 110 und für Milchschweine 15—40 Goldmark.

## Letzte Nachrichten.

### Noch keine Lösung der politischen Schwierigkeiten und der Regierungskrise.

BRB. Berlin, 17. Nov. Die Lösung der politischen Schwierigkeiten und der Regierungskrise ist gestern durch die Verhandlungen unter den Parteien nicht wesentlich der Entscheidung näher gebracht worden. Es hängt alles noch in der Schwebe und vom Verlauf der für heute angelegten Beratungen des 15er-Ausschusses des rheinischen Provinzial-Landtages mit der Reichsregierung über die Behandlung der Rheinlandfrage, sowie der Entscheidungen im Ausschuss des Reichstages am Montag in dieser Angelegenheit ab. Eine gewisse Entspannung ist nur insofern erreicht worden, als die Reichstagsfraktionen über die Einstellung des neuen Innenministers Dr. Jarres zur Rheinlandfrage dahin einig sind, daß Dr. Jarres nicht die Politik vertritt, die das Rheinland vorläufig sich selbst überlassen will. Beruhigung ist auch dadurch geschaffen worden, daß die Fortdauer der Unterstufung der Erwerbslosen des besetzten Gebietes aus der Reichsliste für die nächste Zeit nach von der Reichsregierung zugesprochen werden kann. Von den Fraktionen des Reichstages hielt gestern nur die demokratische Partei eine Fraktions-sitzung ab, in der sie die vorgestern abgebrochene Erörterung über die Rheinlandfrage fortsetzte. Die Fraktion setzte sich entschieden für die Weitergewährung von Reichsgeldern für die besetzten Gebiete ein. Um die Mittagszeit unterbrach die Fraktion ihre Sitzung und es fand zwischen ihren Führern und denen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei ein weiterer Meinungs-austausch statt über die schwebenden Fragen. Zentrum und Demokraten bekundeten in dieser Besprechung die Auffassung, daß trotz mancher Bedenken wegen der in der Rheinlandfrage bisher verfolgten Politik eine Änderung in der Zusammensetzung der Regierung während der heftigen überaus schwierigen innen- und außenpolitischen Lage Deutschlands unangebracht sei. Damit erließen sich die Gerüchte, die gestern aufgetaucht waren und von Rücktrittabsichten demokratischer Minister wussten wollten. Am Nachmittag setzte die demokratische Fraktion die Beratungen fort und nahm den Bericht des Abgeordneten Koch-Weser über die Verhandlungen entgegen, die er vorgestern Abend mit dem Reichskanzler und heute mit den Führern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei gehabt hatte. Es besteht in der Fraktion aber auch Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung der Lage, ebenso wie in den anderen Parteien, doch ist eine gewisse Klärung bezüglich der Rheinlandfrage bereits erfolgt. Entscheidende Beschlüsse sind allerdings von der Fraktion nicht gefaßt worden. Sie wird ihre Beratungen am Montag fortsetzen. Die drei Regierungsparteien setzten sich miteinander in Prüfung.

BRB. Berlin, 17. Nov. Der „Völkischen Zeitung“ zufolge haben gestern die Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten eine Besprechung abgehalten, in der zum Ausdruck kam, daß die drei Koalitionsparteien der Reichsregierung keine Schwierigkeiten machen und eine Koalitionskrise vermeiden sehen wollen. Die Sozialdemokraten und das Zentrum haben für Montag Fraktions-sitzungen einberufen, während die deutsche Volkspartei auf Sonntag im Anschluß an die Sitzung ihres Zentralvorstandes eine Fraktions-sitzung angesetzt hat.

Der ehemalige Kaiser zur Rückkehr des Kronprinzen. BRB. Kempten, 17. Nov. Die Blätter veröffentlichen eine von dem vormaligen Kaiser abgegebene Erklärung, in der es heißt, die Rückkehr des vormaligen Kronprinzen nach Deutschland sei ohne sein Vorwissen erfolgt. Wenn der Kronprinz ihn vorher gefragt hätte, so hätte er Einwendungen gegen die Abreise erhoben. Weiter wird in der Erklärung demütiert, daß der vormalige Kaiser mit einer Bewegung in

Verbindung steht, die die Wiederherstellung der Monarchie betreibt, ferner, daß eine drahtlose Station bestünde und daß eine Anzahl Blätter in Bozen eingetroffen sei.

Die Rotenpresse flüchtet. — Mit der Eingiehung der Paplermarkt wird begonnen. — Aufgabe des Rentenmarkt an Private.

WZB. Berlin, 16. Nov. Wie die Blätter mitteilen, ist die Rentenpresse flüchtig. Reichsfinanzwechsel werden von der Reichsbank von heute ab nicht mehr diskontiert. Paplermarkt wird nur noch auf Grundlage von Handelswechseln ausgeben werden. Damit ist die wesentlichste Quelle der Papiermarkinflation verstopft.

Dem „Berliner Botenanzeiger“ zufolge hat die Reichsregierung von ihrem Darlehen bei der Rentenbank in Höhe von 300 Millionen bereits 50 Millionen Rentenmark abgerufen, um die Reichsbank in den Stand zu setzen, bereits in der nächsten Woche mit der Eingiehung der Paplermarkt zu beginnen. Die Rentenmark ist bisher nur an die Behörden abgegeben.

Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, wird voraussichtlich mit Beginn der nächsten Woche die Aufgabe von Rentenmark an Private erfolgen.

Umstellung des Postverkehrs auf Rentenmark.

WZB. Berlin, 16. Nov. Der Reichspostminister hat dem Reichskabinett den Entwurf zu einer Verordnung zugehen lassen, die die Umstellung des gesamten Postverkehrs auf Rentenmark in den ersten Tagen des Dezember vorsieht. Vom 6. Dezember ab werden die Postschektkunden voraussichtlich über ihre Guthaben in Rentenmark verfügen können. Den Postschektkunden geht nähere Nachricht von dem Postschektkonten zu. Die Ueberweisungen und Schecks wären dann auf Rentenmark auszustellen. Die Zahlarten hätten dann vom 3. 12. ab auf Rentenmark zu lauten.

Der einer Befegung Hamburgs?

WZB. Paris, 16. Nov. Nach einer Mitteilung des „Revoel-Dreald“ aus Washington wird die Nachricht, daß die

Franzosen möglicherweise Hamburg besetzen würden, von dem Staatsdepartement offiziell bestritten. Die Vereinigten Staaten würden natürlich die Befehlsmäßigkeit des deutschen Hofes ungern sehen, da diese auf eine Behinderung ihrer Handelsbeziehungen zu Deutschland hinauslaufen würde. Da aber die Befegung im Zusammenhang mit einer Differenz auf Grund des Versailler Vertrages vor sich ginge, würden die Vereinigten Staaten nicht eingreifen.

Kassierleistungen und Plünderungen.

WZB. Berlin, 17. Nov. Die Heraushebung des Preises für ein Brot auf 420 bezw. 480 Milliarden hat in und vor den Berliner Bäckereien heute Vormittag zu erregten Szenen geführt. Vielesach drohte die Menge, die Läden zu säumen. Das Ueberfallkommando Reutlin wurde nach 30 verschiedenen Bäckereien gerufen. In Charlottenburg kam es zu Plünderungen von Konfektions- und Schuhgeschäften.

WZB. Wehrheim, 17. Nov. Hier kam es gestern Abend seitens der Gewerkschaften zu Kassierleistungen und Plünderungen von Lebensmittelgeschäften.

WZB. Düsseldorf, 16. Nov. Die gestrigen Plünderungen dauerten bis in die späte Nacht an und erstreckten sich ziemlich gleichmäßig auf alle Stadtteile. Zu besonders starken Kassierleistungen kam es wieder in Oberbill. Sooft dort die Polizei den Versuch machte, einzuschreiten, wurde sie lebhaft beschossen, sobald sich regelrechte Feuergefechte entwickelten.

WZB. Düsseldorf, 16. Nov. Die Plünderungen dauern in allen Stadtteilen an. Vor allen Dingen werden Fahrwerke und Lebensmitteltransporte in den Außenbezirken angehalten und ausgeraubt. Auch ein Pergellan- und ein Ordegeschäft wurden völlig ausgeraubt. Gestern Abend wurden in den südlichen Stadtteilen aus Fahrwerken, Rifen und Möbeln Barrikaden errichtet. Da Benzinkanister geraubt wurden, offenbar in der Absicht, sie am Abend beim Abrücken der Polizei in Brand zu stecken, wurde die Feuerwehre alarmiert, die die Barrikaden besetzte.

WZB. Düsseldorf, 17. Nov. Die Raubfaktionen dauerten gestern den ganzen Tag fort. Am Abend versuchten

wiederum starke Truppi aus den Stadtteilen Eller und Oberbill gegen die Stadt vorzugehen, sodah ihnen die Polizei entgegenzutreten mußte.

WZB. Dortmund, 17. Nov. Anlässlich von Straßen-demonstrationen, die die kommunistische Partei veranstaltet hat, wurden drei Polizeibeamte und 7 Demonstranten verwundet. Abends wurden die Räte wiederhergestellt.

WZB. Essen, 17. Nov. Infolge des vom Bechensverband ausgesprochenen Rühmungen fanden in der Umgegend von Essen gestern Morgen größere Demonstrationsveranstaltungen in Recklinghausen und auf den Schächten der Zeche „Zollverein“ in Katernberg statt. Bei Demonstrationen von kommunistischer Seite, die hier stattfanden, mußte die Polizei einschreiten und von ihrer Waffe Gebrauch machen. Die Demonstranten feuerten auf die Polizei und bewarfen sie mit Handgranaten. Es wurden Barrikaden errichtet. Auch in anderen Stadtteilen kam es zu Kassierleistungen und Plünderungen. Die städtische Polizei hatte einen Toten und 3 Verwundete zu beklagen. Auf Seiten der Demonstranten gab es 2 Tote und 30 Verwundete.

Der frühere Reichskanzler Dr. Brüch erkrankt.

WZB. Berlin, 17. Nov. Der frühere Reichskanzler Dr. Brüch ist gestern Morgen an einem Herzleiden plötzlich schwer erkrankt.

Die Verlegung des engl. Parlamentis.

WZB. London, 16. Nov. Das Parlament ist bis zum 30. Dezember verlegt worden.

Verlegung der Wirtschaftskonferenz.

WZB. Paris, 17. Nov. Wie Havas berichtet, ist auf Veranlassung des englischen Wirtschafters die Wirtschaftskonferenz, deren Sitzung heute stattfinden sollte, verlegt worden. Die Sitzung wird jedenfalls am Montag stattfinden.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Daut.

Bekanntmachung

betr. die vom 18. November ab gültigen Ermäßigungsbeiträge beim Steuer-Abzug vom Arbeitslohn.

Ab 18. November gelten beim Steuerabzug vom Arbeitslohn die

300 000 fachen (Dreihunderttausend)

Beträge der vom 16. bis 30. September gültigen, am 18. September bekannt gegebenen Ermäßigungsätze.

Die einzubehaltenden Steuerbeträge sind auf volle Markarden nach unten abzurunden.

Altensteig, den 16. November 1923.

Finanzamt: Haberich.

Die Zahlung für III. Noobr.-Viertel ist am 16./17. November den Gehaltsempfängern überwiesen worden.

Staatsrentamt Hirsen.

Konsum- u. Sparverein Nagold Filiale Altensteig.

Morgen Sonntag, den 18. Nov., nachm. 2 Uhr, findet im unteren Schulhaus (Schulhof des H. Käthele) eine

Mitgliederversammlung

statt. Im Hinblick auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist es Pflicht jeden Mitgliedes zu erscheinen. Besonders sind auch die Frauen eingeladen.

Die Verwaltung.

Photographie-Rahmen

empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhandlung in Altensteig.

Spielberg.

Anlässlich unserer Auswanderung veranstalten wir am morg. Sonntag im Gasth. z. Löwen eine

Abschiedsfeier

zu welcher wir freundlich einladen.

Die Auswanderer.

Advertisement for Lorenz Luz jr. Altensteig, featuring a rifle and text: 'Spezialhaus für Jagdgerätschaften', 'Doppelbüchse', 'Revolven', 'Luftgewehre u. Schießmaschinen'.

Unser Laden ist geöffnet:

von morgens 8—12 Uhr und von mittags 1—5 Uhr.

W. Rieker'sche Buchhandlung

Altensteig.

Ihre Wäsche wird viel zu teuer!

Die Not der Zeit verlangt Sparsamkeit an allen Enden. Auch für die Hauswäsche gilt dies Gebot. Wenn Sie

Persil

verwenden und zwar richtig, nach Vorschrift, so brauchen Sie zur Erzielung einer tadellosen Wäsche nichts weiter als dieses und haben die halbe Arbeit! Persil

verbilligt die Wäsche!

Es ist — richtig angewandt — von viel größerer Ergiebigkeit als Sie wissen: Einmaliges, kurzes Kochen, und Sie haben eine saubere, blendend weiße Wäsche! Das mag erstaunlich klingen, ist aber so. Sie müssen es nur einmal versuchen. Nötig ist allerdings, daß Sie Persil genau nach der Gebrauchsanweisung verwenden, es kalt auflösen und ohne die vielen Zusätze gebrauchen, die seine gute Wirkung hemmen und das Waschen so sehr verteuern. Merken Sie sich: Persil ist kein Seifenpulver, wie es hundert gibt, sondern es ist das Waschmittel, welches durch seine schmutz-lösenden Eigenschaften die Wäsche selbsttätig wäscht und sie zugleich blendend weiß macht. Durch Ausschaltung jeder eindringlichen Bearbeitung mit Waschbrett und Bürste wird so das Gewebe weitgehend geschont. Versuchen Sie es einmal, und Sie werden erkennen:

Das Persilverfahren ist die wirtschaftlichste Waschmethode, die es gibt!

Familien-Kalender für 1924 sind vorrätig in der W. Rieker'schen Buchhandlung

Ich tausche jeden Pfennig Leinöl gegen

Bodenöl, Maschinenöl, Kons-Fett, Ledertett, Wagenfett, Parkettwölse, Farben usw.

Chr. Rinn Malermeister.

Pferd

(Schimmel Wallach)



11 jährig, unt. Gar., geg. Nuth, träch. Kalbin od. sonst.

Festworte z. verkaufen bezw. zu verkaufen.

W. Rinn, mech. Holz- u. Sengenloch.

Guterhaltene

Herren- und Damenschuhe

tauscht gegen Feuch, wer? — sagt d. Geschäftst. d. B.

Kirchliche Nachrichten.

25. Sonntag u. Dr. 18. Nov. vorm. 10 Uhr Predigt über Matth. 21, 33—43: Die große Gefahr. Lied: 32, 208.

Nachher Rindergottesdienst in Gruppen.

Nachm. 1/2 Uhr Ehestenlehre mit den Schwestern.

Abends 8 Uhr Vortrag im Gemeindehaus von Pfarrer Heller-Spielberg über: „Volkswortberber.“

Am Donnerstag Abend 8 Uhr Vortrag von Stadtpfarrer Forstner i. Gemeindehaus über: „Der Geist und sein Volk.“

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 18. November. vorm. 1/2 10 Uhr Predigt, vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, abends 1/2 8 Uhr Predigt.

Dienstag abds. 8 Uhr Jungl. Verein.

Mittwoch Abend 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.

